

# Saale-Beitung.

### Bezugpreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
jeweiliger Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Im ausländischen Zeitungsbereich  
unter Nr. 6316 eingetragen.

Die Redaktion verantwortl. ist:  
Max Scharre in Halle.  
Verzeichnisse von 1914 bis 1917, M.  
Hauptrediger: Redaktion Nr. 2332. — (Exhibition Nr. 176.)

### Anzeigen

Werden die Spaltenpreise oder beim  
Kauf mit 30 Pfg., solche mit 20 Pfg.  
berechnet und in der Expedition,  
den unteren Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Pfg.  
Ersteinst. wöchentlich 10 Pfennig;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.  
(Der Abend unserer Original-Beilage  
ist nicht gestattet.)

Nr. 482.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 14. Oktober

1903.

## Der Veredelungsverkehr.

Die von der Handelskammer zu Krefeld angeregte Kende-  
rung der Bestimmungen über die Zulassung des Veredelungs-  
verkehrs, über die jetzt die einzelnen Landesregierungen zu  
bescheiden haben, durch Übertragung der Entscheidung auf  
eine Reichsbehörde findet bei fast allen Vertretungen der  
Industrie, die beim Veredelungsverkehr interessiert sind,  
Anfang. Die verschiedenartige Handhabung der Bestim-  
mungen schädigt die industriellen Interessen in den Staaten,  
die gegenüber den Vorkäufen auf Zulassung zum Veredelungs-  
verkehr am weitesten sind, vor allen Dingen in Preußen.  
Zwei Beispiele dafür liegen heute vor. Die Handelskammer  
von Warmen berichtet:

„Eine hiesigste wohnhafte Stofffabrik und Appreturanstalt  
erhielt von einer großen Exportfirma in Bradford eine An-  
frage, ob sie halbwollene Jannells für eine bedeutende eng-  
lische Weberei ausliefern wollte. Die hiesige Firma rügte  
dann für diese Weberei einen Coupon aus, der vollen Verfall  
fand und auf den hin umfangreiche Ordres hierher gegeben  
werden sollten. Man kam daraufhin um die Erlaubnis des  
preussischen Veredelungsverkehrs bei den preussischen Be-  
höden ein; diese aber wies das Gesuch nach langen Ver-  
handlungen ab. Die hiesige Firma gab seinem nicht ge-  
lungenen Ausbruch, als die hiesige Firma unter diesen  
Verhältnissen auf den gewinnbringenden Antrag nicht ein-  
gehen zu können erklärte und sagte hinzu, daß man sich dann  
wieder an sächsische Fürstentümer bzw. Appreturanstalten  
wenden werde, deren Zulassung allerdings nicht so ent-  
scheidend, wie die der hiesigen Firma. Die sog. dann weitere  
Erkundigungen ein und bekam den Beweis für die Tatsache  
in die Hand, daß der Veredelungsverkehr tatsächlich in  
Sachsen erlaubt war, während er hier trotz er-  
neuter, auch von uns unterstützter Vorstellungen  
nicht zu erlangen war.“

Wie hier die sächsische, so hat in einem anderen Falle die  
bayerische Regierung mehr Entgegenkommen gezeigt als  
die preussische. Die bayerische Regierung hat nämlich be-  
schlossen, die zollfreie Wiedereinfuhr von Hand-  
schuhen, die in Deutschland hergestellt und zur Nacht nach  
Belgien oder Desterreich gefahrt wurden, auch ferner ohne  
Zollbeschränkung zu gestatten, in Preußen soll dagegen  
dieser Veredelungsverkehr zunächst beschränkt und  
später aufgehoben werden. Die Handelskammer  
zu Halberstadt, in deren Verwaltungsbezirk die  
Handschuhfabrik-Industrie Deutschlands ihren haupt-  
sächlichsten Sitz hat, hat seit zwei Jahren darauf verwiesen,  
daß englische und amerikanische Abnehmer „belgische Nacht“  
zur Lieferungsbedingung machen, und daß in Deutschland  
ein Ertrag nicht zu beschaffen ist, weil nicht genügende  
Arbeitskräfte verfügbar sind und das verfügbare Material  
häufig für die zu fordernde mühsame Arbeit nicht geeignet  
ist, auch sind die Löhne zu hoch. Der Export nach England  
und Amerika werde — so macht die Kammer weiter geltend —  
zu gunsten der fortwährenden Länder zurückgehen, und das  
traffe ihren Bezirk besonders hart, weil die dortige  
Industrie im wesentlichen für den Export fabrikiere. Diese  
wiederholten Vorstellungen blieben erfolglos. Auf ihre  
letzte Eingabe in dieser Frage ging der Handelskammer  
folgendes Schreiben des Handelsministers zu:

„Nach einem Erlaß des Herrn Finanzministers lassen es die  
angelegten Erörterungen angezeigt erscheinen, den  
zollfreien Veredelungsverkehr mit Handschuhen, die zum Abzug  
nach dem Auslande verwendet werden, aufzugeben, um  
den Nachzug in die neuen Reichsteile nicht zu erleichtern,  
insbesondere die Heranbildung einer ausreichenden Zahl in-  
ländischer geschulter Arbeitskräfte zu ermöglichen, soll die Auf-  
hebung der Regel nach nur allmählich erfolgen. Bis Ende  
des Kalenderjahres 1904 soll an dem bestehenden Zustande  
nichts geändert werden; in den Jahren 1905 und 1906 soll der  
Verkehr um je 10 v. H., in den Jahren 1907, 1908, 1909 und  
1910 um je 20 v. H. des bisherigen Umfangs herabgesetzt  
werden, jedoch er also mit Schluß des Jahres 1910 ein Ende  
erreichen wird. Bis hiesiger Umfassung kann der größte  
Umfang eines der Jahre 1900 bis 1904 angeleitet werden.  
Unvermeidliche Verzögerungen werden nicht mehr erfolgen. Ob und  
inwieweit die Verzögerung ohne Verletzung berechtigter  
Interessen ausnahmsweise etwa schon früher, als oben an-  
gegeben, zurückgehen können werden kann, wird im einzelnen zu  
prüfen sein.“

Der preussische Handelsminister will den Veredelungs-  
verkehr mit Handschuhen aufheben, aber auch Erlaß  
schaffen. Er will Hand sch u h n ä h m ä ß i g e n errichten, wie  
denn eine schon in Gegenfalls in Oberhessen besteht.  
Die Oberpräsidien sind durch einen Erlaß vom  
28. August d. J. angewiesen worden, geeignete Orte vor-  
zuschlagen, in erster Linie in Gegenden, die arm an  
Industrie und wo die Löhne so niedrig sind, daß  
erwartet werden kann, daß die weibliche Bevölkerung sich  
auch mit einem bescheidenen Verdienste, wie ihn  
die Handschuhfabrik nur zu bieten vermag, begnügen  
wird. Die Oberpräsidenten sollen auch feststellen, ob solche  
armen Gemeinden die Unterrichtsämter mit Heizung und  
Beleuchtung unentgeltlich zur Verfügung stellen und  
vielleicht noch bare Zuschüsse zu den Unterhaltungs-  
kosten zahlen werden, und ob zu den letzteren auch die  
Kreis-, Handelskammern und Handschuhfabrikanten beitragen  
werden.

Interes Erachtens sollte der Minister, wenn er sich von  
der Errichtung solcher Schulen gute Erfolge verspricht  
(in Gegenfalls sind, wie der „Magd. Ztg.“ mitgeteilt wird,  
nennenswerte Erfolge noch nicht erzielt worden), zu nächst

die Schulen gründen und dann erst der Einschränkung  
des Veredelungsverkehrs näher treten. Statt dessen hat er  
zu nächst einen vollständigen Plan für die Einschränkung  
und Aufhebung des Verkehrs aufgestellt! Ob die Schulen  
errichtet werden können, ob die SchülerInnen imstande sein  
werden, die Arbeiten auszuführen, für die heute in Deutsch-  
land Arbeitskräfte nicht beschafft werden können, vermag  
heute niemand, auch der Minister nicht, mit Sicherheit zu  
sagen. Aber das Schema für die allmählich durch-  
zuführende Aufhebung des Verkehrs ist fertig, und das ist,  
wie es scheint, zunächst die Hauptsache. \*\*

## Deutsches Reich.

### Hofs- und Personalnachrichten.

Die Einsegnung der Prinzessin Auguste Wilhelme  
und Ekart von Braunschweig findet am kommenden Sonn-  
abend, 17. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Friedenskirche zu  
Boschdam durch den Herzogbischof und Schlossherrn Dr.  
Dyander statt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Verleihung  
preussischer Orden an eine Reihe österreichischer  
Offiziere aus Anlaß des Besuchs des Deutschen Kaisers in  
Wien. Es erhielten u. a.: Exzellenz Friedrich von  
Deckereth die Rette zum Schwarzen Adlerorden, Ober-  
brennführer Franz von und zu Kiegenten die Brillanten  
zum Schwarzen Adlerorden und Herzog Leopold  
Salvator von Desterreich der Schwarzen Adlerorden.  
Ferner der Verbleibenden der Preussischen Krone: Volkmar  
v. Ahnenburg, Feldzeugmeister, Zweiter Generaladjutant des  
Kaisers und Königs und Vorstand der Militärkanzlei, Graf  
Alex. v. Gyllenband, General der Kavallerie und Kom-  
mandant des 2. Korps; die Brillanten zum Großkreuz des  
Roten Adlerordens; Felder v. Altvater, Feldzeugmeister und  
Kommandant des 1. Korps; den Roten Adlerorden 1. Klasse:  
Nitter v. Engel, Feldmarschallantant und Stabkommandant  
in Wien, Nitter v. Vitreich, Feldmarschallantant und Reichs-  
kriegsminister; dem Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse:  
Rüch Dietrichstein zu Mikoltsburg, Graf Mensdorff-  
Pouilly, Oberst und Kommandant der 1. Brigade des Kaiser-  
regiments, Graf v. Appell, Oberst und Kommandant des 34. Infanterie-  
Regiments, Graf v. Zedlitz, Oberst und Kommandant des 7.  
Infanterie-Regiments, Nitter v. Hermannstädten, Oberst  
in der Militärkanzlei.

### Sozialdemokratischer Terrorismus.

Wir sind die Partei der Ungerechten, proklamirte vor  
einigen Wochen der „Vorwärts“, und getreu dieser Parole ist  
die Sozialdemokratie reichliche Saat der Ungerechten auch  
da aus, wo die Ungerechten Tausender von Familien auf dem  
Spiele stehen. Arbeiter werden durch kräftigste Vor-  
stellungen in Lohnkämpfe und fanatische Ertüchtigung gegen  
die Arbeitgeber hineingetrieben, wo früher friedliches Einver-  
nehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern herrschte und  
ehrwürdige Verbindungen ohne das gewalttätige Eingreifen  
organisirter sozialdemokratischer Arbeiterverbände mit Wichtig-  
keit an einer Zufriedenheit ihre Erlebung gefunden hätten.  
Der jetzt tobende Kampf in der Berliner Metall-  
Industrie bietet dafür ein klaffendes Beispiel. Die höchsten  
Lohnforderungen der Gürtler wären jedenfalls zu einem be-  
friedigenden Ausgleich gelangt. Da rief der Berliner Metall-  
arbeiterverband mit überschrien Forderungen ein. Die nenn-  
sündige Arbeitszeit ist in den meisten Fabriken der Metall-  
Industrie schon durchgängig erfüllt. Man verlangt aber der  
Arbeiterverband eine verhältnismäßige schriftliche Verpflichtung  
seitens der Arbeitgeber, daß der Stundelohn der Akkordarbeit  
auf 60 Pfennig — gleichviel, wie die geleistete Arbeit beschaffen,  
ob sie von einem Soldat, oder dem größten Arbeiter ausge-  
führt ist, — festgelegt wird. Der geschickteste Arbeiter soll  
also nicht mehr verdienen dürfen, als der Anfänger, oder der  
Arbeitergehör muß dem eben erst eingestellten und anlernenden  
Arbeiter, der ihm vielleicht viel Material verdirbt, oder er es zu  
einer Geschicklichkeit bringt, ebensoviel im Akkord zahlen, als  
dem erprobten und zuverlässigen Arbeiter!

Und dann die Hauptsache: Ueber die Arbeiter-Ent-  
lassungen soll künftig nur die Gewerkschafts-  
Kommission zu befinden und zu bestimmen haben.  
Wenn also der sozialdemokratischen Gewerkschafts-Kommission  
ein Arbeiter mißliebige erscheint, so fliegt er, unbekannt seiner  
Tätigkeit bei der Arbeit, auf die Straße, wird brotlos! Die  
Arbeitgeber würden sich, wenn sie auf einen solchen Vertrag ein-  
gingen, mit Haut und Haaren der Sozialdemokratie verschreiben  
und jegliches Verfügungsrecht in ihren eigenen Betrieben ver-  
lieren. Der Arbeitgeber würde in die Lage geraten, seine besten  
Arbeiter entlassen zu müssen, weil sie nicht zur sozialdemokratischen  
Partei gehören, und dafür Arbeitskräfte einzukaufen, die  
vielleicht minderwertig, in jedem Falle aber sich in steter  
Opposition gegen den Unternehmer befinden. Entbitterte Kämpfe  
ohne Anhören müßten die Folge davon sein. Man würde  
nicht ein: einen solchen Zwang würde die Gewerkschafts-  
Kommission auf einen nichtorganisirten, oder sonst vor-  
trefflichen Arbeiter nicht ausüben. Lehren denn die Beispiele der  
Frankenhausen usw. nicht schon zu Genüge, daß überall da, wo  
die Sozialdemokratie die Mehrheit der Verwaltung in Händen  
hat, die erprobtesten Beamten „hinweggefegt“, unverzüglich auf  
die Straße gejagt werden, wenn sie sich dem Willen der Sozial-  
demokratie nicht fügen? Darin zeigt sich ja das gewalttätige  
Eingreifen der „Freiheit“ der Sozialdemokratie! Und dieser  
richtigste Terrorismus tritt überall, auch bei dem jetzigen  
Streik der Metallarbeiter, entgegen; die Arbeiter, auch die Beför-  
derten werden gezwungen, Wocheneinnahmen in die Streikliste zu  
entrichten und dadurch dem sozialdemokratischen Metallarbeiter-  
Verband beizutragen.  
Und wehe den Arbeitswilligen! Ein unerhörtes, gewalttätiges  
Druck wird auf sie ausgeübt. Die meisten Arbeitswilligen

wagen gar nichts zu sagen, sondern fügen sich schweigend dem  
Zwang; aber leidet richtet sich die durch die materielle Not  
entstehende Verbitterung nicht gegen den verheerenden Metall-  
arbeiter-Verband, sondern gegen die Arbeitgeber. Durch die  
Beize geht jetzt wieder ein Schreiben, das ein Arbeitswilliger  
erhielt:

„Da uns zu Oren gekommen ist, daß Sie bei der Firma  
Zöfel & Thomas als Streikbrecher hineingekommen sind, so  
wollen wir Ihnen aus Ders legen, daß Sie die Arbeit mit  
Einnahme dort niederlegen, widrigenfalls Sie eine un-  
verschämte Kräftig Kräftig bekommen; denn für  
Sollunten wird kein Pardon gegeben. Also, wenn Sie  
als geübter Mensch weiter leben wollen, so befolgen Sie  
unsern Rat, oder es gibt D I e u m als Gesicht.“

Bei dem jetzigen Kampfe in der Berliner Metall-Industrie tritt  
die Lohnbewegung vor der politischen und sozialen  
Nachfrage völlig zurück. Ueber der Metallarbeiter-Verband  
nicht von seiner unerfüllbaren Forderung hinsichtlich der  
Arbeiter-Entlassungen absteht, läßt sich keine Verständigung  
voranschauen. Für andere Vorkämpfer werden die Arbeitgeber  
im Interesse des Friedens und ihrer Arbeiter jedes mögliche  
Entgegenkommen zeigen. \*\*

### Politisches.

— In Sachen der Kanalvorlage läßt sich jetzt auch, etwas  
läßt, die „Magd. Ztg.“ berechnen, und zwar in einem  
Sinne, der ebenfalls bestig, was die „Saale-Ztg.“ kürzlich  
als erste unter allen deutschen Blättern zu melden wußte.

„Die Kanalvorlage kommt!“ so schreibt das Organ.  
„Der nächste Landtag wird sich, daran ist nicht zu zweifeln,  
mit der großen Wasserstraßen-Vorlage zu beschäftigen haben.  
Der schlechten Hochwasserlage würden die  
Forderungen für den Mittelkanal bald auf dem  
Tische liegen und die Regierung wird der ersten mit  
dann ihr Entgegenkommen zeigen, wenn die  
Sicherheit gewährleistet wird, daß die zweite  
Vorlage durchgehen wird. Die Vorlage für den  
Mittelkanal wird kommen, ob Graf v. Helldorf  
bleibt oder nicht. Die Regierung wird aus ihrer jetzigen  
Mileiter nicht beabsichtigen, um keine Beunruhigung vor den  
Wahlen herbeizuführen, zumal es nicht ausgeschlossen ist, daß  
sie bei der voraussichtlich entscheidenden regen Wahlaktion  
noch eine Zunahme der Kanalgegner im Landtage zu erwarten  
kann. Eins ist gewiß, die Worte: „Gebaut wird er doch!“  
dienen den Vertretern der Regierung heute mehr denn je zur  
Nüchternheit.“

Zunehmen eine offene und bestimmte Erklärung der Regierung  
eine Zunahme der Kanalgegner im Landtage zur Folge haben  
sollte, vermögen wir nicht einzusehen. Zu übrigen aber meinen  
wir, die Regierung bereitet der Kanalvorlage selbst den Tod,  
wenn sie die Deregulierung von ihr löst und vorweg zur  
Annahme stellt. Haben die Kanalgegner erst diese Regulierung,  
dann prüfen sie auf den Kanal, selbst wenn sie vorher noch so  
viel Scherereien für seine Annahme gegeben haben.

— Die „amerikanische Gefahr“, von der jetzt so viel  
gesprochen und geschrieben wird, fürchten unsere Agrarier  
nicht, sie können sie vielmehr herbei. Die „Agrar-  
Korps“, das mit dem Bunde der Landwirte eine verbundene  
Organ, erklärt ausdrücklich, daß sie es nicht bedauern, wenn die  
„Explosion des amerikanischen Grenzschiffs“ wirklich erfolgen  
würde, und daß sie unteren Exportpolitik einen selbst-  
verständlichen Beweis zu fähig dafür, daß es ein Beweis ist,  
dem Planton einer industriellen Vornachstellung für Deutsch-  
land nachzugehen zu wollen. Das agrarische Volk, wie es in be-  
genannten Formulierungen geäußert wird, ist, „um so viel  
deutscher Eisenarbeiter beschäftigt werden, wie zum Verbrauch  
deutscher Eisen in Deutschland nötig sind, dafür aber auch so  
viele deutsche Landarbeiter mehr beschäftigt werden, wie für die  
Erzeugung deutschen Prokorns für den deutschen Bedarf ge-  
braucht.“ Der Schluß des Artikels, der mit an-  
erkennenswerter Deutlichkeit die agrarischen Ziele enthält,  
lautet:

„Man scheide die amerikanische Agrarindustrie nach Deutsch-  
land ab: dann brauchen wir, um die deutschen Arbeiter  
sicherer als bisher zu beschäftigen, auch keine Eisenindustrie  
nach Amerika mehr. Und unter dieser Bedingung werden wir  
dann den deutschen Eisenindustriellen eben dazu beistehen  
sein, der drohenden Zunahme amerikanischen Eisens in  
Deutschland einen halbahren Niegel vorzuziehen.“

Die deutschen Eisenindustriellen, die den Agrarier schon so viel  
Entgegenkommen gezeigt haben, wissen nun, was sie zu tun  
haben, um das banernde Wohlwollen der Herren vom Bunde  
der Landwirte zu gewinnen.

— Die revolutionäre Richtung innerhalb der Sozial-  
demokratie ist weit davon entfernt, ihre „Sünden“ abzuschieben  
und das Dogma des Marxismus anzuerkennen. In der  
„Gemeiner Volkstimme“, die dem Abg. Schupp  
nahelsteht, lesen wir in einem Artikel, der die besagende  
Reberichs führt, u. a. zu sprechen, was ist „folgende neue  
„Rezepte“:

„Man wach sich politisch auf den Boden der Tat-  
sachen stellen, wie man sich wirtschaftlich hängt auf  
den Boden der Tatsachen gestellt hat. Die Tatsache ist,  
daß wir nicht gegen den Willen der bürgerlichen  
Gesellschaft, sondern nur mit ihrer Zustimmung  
das durchzuführen können, was wir im Interesse der Arbeiter  
für notwendig halten.“

Die Gewerkschaften, unter Führung von Elm und Engel, die  
über eine Million organisierter Arbeiter zählen, vertreten be-  
sonnlich den gleichen Standpunkt. Daher die heftigen Angriffe,  
die fortgesetzt von den Radikalen gegen sie gerichtet werden,  
allerdings ohne daß es ihnen bisher gelungen wäre, die Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern zu distanzieren.  
Die Wirkungen der von der Sozialdemokratie  
inszenierten Arbeiterstreiks machen sich ein wenig  
in der nachfolgenden Seite des Parteibeitrag  
bemerkbar, vielleicht hat aber auch die Dresden-Logung mit

gewollt, die Spenden der Genossen ...

Der und Flotte.

Am Ende des Monats ...

Parlamentarisches.

Am bayerischen Landtag ...

Parteinachrichten.

Zu der Resolution ...

Abg. v. Volkmar ...

Unter den Nationalliberalen ...

Andere Aufgabe ist es ...

In Düsseldorf ist die ...

Der antisemitische ...

Landtagswahlbewegung.

In Stendal wurden in ...

Ausland.

Zur ungarischen Kabinettskrise.

Die ungarische Krise ...

Zur heute ist dem ...

Die Abgabe des ...

Es gibt heute bekannt ...

Notefery gegen Chamberlain.

In Eschfeld sprach am ...

Notefery und der spanisch-amerikanische Krieg.

Ans New York wird dem ...

Provinzialnachrichten.

h. Müllers a. G. ...

o. Hen. 13. Okt. ...

\* Wagners. 12. Okt. ...

\* Wagners. 13. Okt. ...

\* Wagners. 13. Okt. ...

Angaben über seinen ...

\* Wagners. 13. Okt. ...



